I. Beschluss

Stadtplanungsausschuss

Sitzungsdatum 24.02.2011

öffentlich

Betreff:

Bebauungsplan Nr. 4569 für ein Teilgebiet von St. Leonhard, südlich des Frankenschnellweges, östlich der Bertha-von-Suttner-Straße und beiderseits der Fuggerstraße
Prüfung der Stellungnahmen

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig
 angenommen/beschlossen, mit : Stimmen
 abgelehnt, mit Stimmen

Beschlusstext:

Der Stadtplanungsausschuss prüft und beschließt die zu den Änderungen des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 4569 gemäß den Deckblättern 1-4 vorgebrachten Stellungnahmen mit folgendem Ergebnis:

Die vorgebrachte Stellungnahme gemäß Schreiben vom 12.11.2010 bedarf einer Klarstellung und kann nicht berücksichtigt werden.

Nach Ziff. 2 der vorgebrachten Stellungnahme wird die Auffassung vertreten, dass aufgrund der Änderung gemäß Deckblatt 2 vom 24.08.2010 Wohnungsprostitution in den ausgewiesenen Gewerbegebieten zulässig sei und hierin eine Ungleichbehandlung gegenüber dem Anwesen und Grundstück Rosenplütstraße 1 gesehen werde.

Diese Auffassung unterliegt einer Fehlinterpretation und kann nicht zugestimmt werden.

Nach den Bestimmungen der Baunutzungsverordnung gemäß § 8 Abs. 3 können innerhalb der Gewerbegebiete lediglich Betriebswohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie Betriebsinhaber und Betriebsleiter unter engen Voraussetzungen als Ausnahme zugelassen werden. Somit ist festzustellen, dass in den ausgewiesenen Gewerbegebieten Wohnungsprostitution nicht zulässig ist. Nachdem der Bebauungsplan unter anderem zum Ziel hat, den sich abzeichnenden "Trading-Down-Effekt" zu stoppen und für den gesamten Geltungsbereich Bordelle und bordellartige Betriebe ausschließt, sind folglich auch Wohnungen im Zusammenhang mit derartigen Nutzungen nicht zulässig. Hierin kann eine Ungleichbehandlung zum Nutzungsspektrum des zur Festsetzung geplanten Mischgebietes des Anwesens Rosenplütstraße 1 nicht gesehen werden.

Ein Verstoß gegen die Art. 15 (Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten), Art. 16 (Unternehmerische Freiheit), Art. 20 (Gleichheit vor dem Gesetz), Art. 21 (Nichtdiskriminierung) und 23 (Gleichheit von Frauen und Männern) der Grundrechte der EU kann in den angestrebten Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht gesehen werden.

Die Ortsplanung ist gemäß Art. 28 des Grundgesetzes und Art. 83 der Bayerischen Verfassung Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinden. Die Planungshoheit der Gemeinden schließt die Pflicht ein, Bauleitpläne (u.a. Bebauungspläne) dann aufzustellen, wenn ein Bedürfnis dafür vorliegt und es im öffentlichen Interesse notwendig wird, die örtliche räumliche Entwicklung zu ordnen. Innerhalb des begrenzten Planungsgebietes wird die Notwendigkeit gesehen, durch die Instrumentarien der verbindlichen Bauleitplanung regelnd einzugreifen, um städtebauliche Spannungen, die sich durch das Nebeneinander von unverträglichen Nutzungen ergeben haben oder ergeben können, abzubauen oder vorbeugend zu verhindern.

Auch wenn die dargelegte Auffassung vertreten wird, dass in der Ausübung der Wohnungsprostitution keine Störungen oder konkrete Auswirkungen für die Nachbarschaft zu befürchten sind, kann auf die Festsetzung bzgl. dem Ausschluss von Bordellen, bordellartigen Betrieben sowie der Wohnungsprostitution bei Abwägung der unterschiedlichen öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander nicht verzichtet werden.

Weder eine Einschränkung noch eine Verletzung der Grundrechte der Europäischen Union ist hierin zu erkennen.

Über die Anregung, das Anwesen Rosenplütstraße 1 als Gewerbegebiet auszuweisen, hat der Stadtplanungsausschuss bereits in der Sitzung am 30.09.2010 beschlossen mit der Maßgabe, die Festsetzung als Mischgebiet beizubehalten. Neue Gesichtspunkte, die eine Revision dieses Prüfungsergebnisses erforderlich machen würden, sind aus der neuerlich mit Schreiben vom 12.11.2010 vorgebrachten Stellungnahme nicht erkennbar.

Zu den Anregungen gemäß Schreiben vom 12.11.2010 bezüglich der Gestaltung des Kreuzungsbereiches Bertha-von-Suttner-Straße/Fuggerstraße wird wie folgt Stellung genommen:

Eine weitere Verlängerung des Straßenbegleitgrüns entlang der Fuggerstraße bis in den Einmündungsbereich zur Bertha-von-Suttner-Straße hinein, kann aus Gründen der Verkehrssicherheit keine Berücksichtigung finden. Insbesondere Kinder werden durch Verkehrsgrün im unmittelbaren Nahbereich von Querungshilfen bzw. Fußgängerfurten in der Sicht stark behindert und von Fahrzeugführern schwerer gesehen.

Im Rahmen eines Ortstermines am 15.09.2010 wurden Maßnahmen zur Verbesserung und Erhöhung der Verkehrssicherheit für Fußgänger im Zuge der Bertha-von-Suttner-Straße vereinbart. Ferner werden Regelungen zur Unterbindung des Gehwegparkens im Einmündungsbereich Fuggerstraße angestrebt, die zu einer Verbesserung der Verkehrssituation beitragen sollen.

II. **Referat VI/Stpl**

III. **Abdruck an:**

☐ Ref. I/OrgA	☐
☐ Ref. II/Stk	☐
☐	☐

Vorsitzende(r):

gez. Dr. Maly

Referent(in):

gez. Baumann

Schritfführer(in):

gez. Reuter